



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 24, No. 9-10/2009

**abgeschlossen am  
18. November 2009**

	<u>Seite</u>
<b>1. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesundheitsreform</b>	<b>1</b>
<b>2. Congress verlängert Arbeitslosenhilfeleistungen</b>	<b>3</b>
<b>3. Parteienstreit um Klimaschutzgesetz spitzt sich im Senat zu</b>	<b>4</b>
<b>4. Congress berät Verschärfung der Aufsicht über Finanzmärkte</b>	<b>5</b>
<b>5. Congress schreibt Arbeit vieler Bundesbehörden mit Überbrückungshaushalt fort</b>	<b>6</b>
<b>6. Senat verabschiedet <i>Defense Appropriations 2010</i></b>	<b>7</b>
<b>7. Congress gegen Schließung von <i>Guantánamo</i></b>	<b>9</b>
<b>8. Demokraten uneins über Revision des <i>Patriot Act</i></b>	<b>10</b>
<b>9. Parteien feiern Siege in Nach- und Zwischenwahlen 2009</b>	<b>11</b>



## 1. Repräsentantenhaus verabschiedet Gesundheitsreform

Nach mehrmonatigem Tauziehen (vgl. CR 7-8/2009, S. 1) hat das Repräsentantenhaus am 7. November 2009 eine Gesetzesvorlage zur Reform des Gesundheitssystems angenommen, die eine erhebliche Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes der US-Bevölkerung ermöglichen soll.

In der parteilpolitisch scharf polarisierten Abstimmung sprachen sich 220 Abgeordnete für die Annahme der Vorlage aus, 215 dagegen. Nur ein Republikaner, Anh Joseph Cao (Louisiana), schloss sich der demokratischen Mehrheit an. 39 überwiegend konservative Demokraten stimmten mit der republikanischen Opposition.

Der vielfach als historisch bewertete Abstimmungserfolg unter der Regie von *Speaker* Nanci Pelosi (Cal.) wurde von Fraktionsmitgliedern der Demokratischen Partei und deren Anhängern enthusiastisch gefeiert, von Republikanern, kaum weniger emotional, dagegen zutiefst enttäuscht aufgenommen.

Im Kern sieht die Gesetzesvorlage vor, dass ab 2013

- für Einzelpersonen, mit Härtefall-Ausnahmen, Versicherungspflicht besteht,
- Unternehmen mit einem Lohn- und Gehaltsvolumen von über 500.000 USD ihren Angestellten ein Versicherungsangebot machen, einen finanziellen Beitrag zur Krankenversicherung leisten oder eine achtprozentige Ausgleichsabgabe auf Löhne und Gehälter zahlen müssen,
- der Bund eine zentrale Versicherungsbörse einrichtet, die Policen von Privatunternehmen, aber auch eine staatlich getragene Versicherungsoption (*public option*) anbietet,
- Einzelpersonen und Familien mit Einkommen von bis zu 400 Prozent der offiziellen Armutsgrenze (gegenwärtig knapp unter 20.000 USD pro Jahr für eine vierköpfige Familie) staatliche Zuschüsse erhalten sollen,
- Kleinunternehmen, die ihren Arbeitnehmern Krankenversicherungen anbieten, mit Steuervergünstigungen gefördert werden,
- der Ausschluss von Krankheiten (*pre-existing conditions*) bei Neuabschluss von Versicherungen untersagt wird und
- Versicherungsangebote alle medizinisch relevanten Behandlungen (*essential benefits package*) umfassen müssen.

Zur Finanzierung der Kosten sollen vor allem eine Sondersteuer von 5,4 Prozent auf Jahreseinkommen über 500.000 USD für Einzelpersonen bzw. 1 Mio. USD für

Familien sowie eine Verkaufssteuer von 2,5 Prozent auf medizinisch-technische Geräte beitragen.

Präsident Obama hatte die demokratischen Abgeordneten vor der Abstimmung persönlich dazu aufgefordert, diese Herausforderung der Geschichte („answer the call of history“) anzunehmen, und eine qualitativ hochwertige, aber erschwingliche Gesundheitsversorgung für (nahezu) alle US-Bürger möglich zu machen.

Der entscheidende Durchbruch in den fraktionsinternen Verhandlungen der Demokraten war jedoch ein Zusatz, der Förderung von Schwangerschaftsabbrüchen aus staatlichen Mitteln unter dem Reformgesetz untersagt.

Während sich eine große Zahl der linksliberalen Abgeordneten der Fraktion öffentlich empört über das Zugeständnis zeigten, gelang es der Fraktionsführung um Pelosi mit diesem Schachzug genügend konservativ-zentristische Demokraten zu einer Ja-Stimme zu bewegen.

Der Gesetzestext sieht entsprechend vor, dass die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche zwar von Versicherungen übernommen werden können, dies jedoch aus den Prämien der Versicherten und nicht aus staatlichen Zuschüssen abgedeckt werden muss.

Unzweifelhaft ist der Abstimmungserfolg im Repräsentantenhaus ein Durchbruch für die Demokraten, die Verabschiedung durch den Senat ist damit jedoch noch keineswegs sichergestellt.

Die Hürden für die avisierte durchgreifende Reform, die buchstäblich in alle Ecken und Nischen des größten Sektors der US-Wirtschaft hineinregiert, sind im Senat eher höher anzusetzen.

Streitpunkte sind vor allem das Angebot einer Krankenversicherungsoption unter staatlicher Ägide, die Versicherungspflicht für Unternehmen und die Sondersteuer auf Spitzeneinkommen.

Senate Majority Leader Harry Reid (D-Nevada) hat zwar mit dem Abstimmungserfolg seiner Parteikollegen im Repräsentantenhaus, der hohen Druck auf seine Fraktion ausübt, eine Steilvorlage erhalten, aber nicht nur die vehemente republikanische Opposition kann einen Erfolg noch gefährden.

Reid will deswegen ein hohes Tempo vorlegen und den Gesetzentwurf noch im November ins Plenum einbringen.

Eine Verabschiedung noch in diesem Jahr scheint schon wegen der unumgänglichen Kompromissverhandlungen zwischen den beiden Kammern kaum möglich.

## 2. Congress verlängert Arbeitslosenhilfeleistungen

Repräsentantenhaus und Senat haben sich Anfang November 2009 darauf geeinigt, die Leistungen aus der staatlichen Arbeitslosenhilfe für diejenigen Leistungsbezieher zu verlängern, deren Unterstützung regulär nach 26 Wochen ausläuft.

Im Senat fiel die Entscheidung am 4. November 2009 einstimmig mit 98 Stimmen und auch im Repräsentantenhaus fand sich einen Tag später eine große überparteiliche Mehrheit von 403:12 Stimmen für die Gesetzesvorlage (House Resolution 3548). Präsident Barack Obama hat der Entscheidung am 6. November 2009 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen.

Die Entscheidung knüpft an jene Verlängerung der Arbeitslosenhilfeleistungen an, die im vergangenen Jahr beschlossen worden waren (vgl. CR 9-10/2009, S. 4) und am 31. Dezember 2009 auslaufen werden.

### Im Einzelnen

- wird die Arbeitslosenhilfe in allen 50 Bundesstaaten auf 40 Wochen verlängert.
- erhalten Leistungsbezieher in jenen Bundesstaaten, in denen die Arbeitslosigkeit über 8,5 Prozent beträgt, zusätzlich sechs weitere Wochen Arbeitslosenhilfe, so dass die Bezugsdauer in den Vereinigten Staaten weiterhin maximal 46 Wochen beträgt.

Außerdem wurden Steuerleichterungen für Hauskäufer beschlossen, die einen Freibetrag von 8.000 US-Dollar für die Jahre 2009 und 2010 erhalten sollen, wenn sie bis zum 30.4.2010 erstmalig eine Immobilie erwerben. Die Einkommensobergrenze für den *Homebuyer Tax Credit* liegt für Unverheiratete bei einem Jahreseinkommen von 125.000 bzw. 225.000 USD für Ehepaare.

Der Congress reagiert mit seiner Entscheidung insbesondere auf die unverändert prekären Arbeitslosenzahlen, die seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise kontinuierlich angestiegen sind.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums ist die Arbeitslosenquote in den USA im Monat Oktober 2009 auf über 10 Prozent gestiegen, nachdem im vergangenen Monat weitere 190.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Insgesamt hat die amerikanische Wirtschaft seit dem Beginn der Krise mehr als 7 Millionen Arbeitsplätze eingebüßt, so dass im September 2009 nach den offiziellen Arbeitsmarktstatistiken über 15 Millionen Amerikaner ohne Arbeit waren.

Verschärft wird die Arbeitsmarktkrise dadurch, dass nach Untersuchungen des *Labor Department* derzeit pro Monat nur 17 Prozent der Arbeitssuchenden eine neue Beschäftigung finden. Manche Beobachter sind deshalb der Auffassung, dass sich die

Arbeitsmarktentwicklung in den USA erst im Jahr 2012 wieder erholen dürfte. Entsprechend wird allgemein mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote in den USA zum Jahreswechsel gerechnet.

Generell ist das soziale Netz im Falle einer Arbeitslosigkeit in den USA im Vergleich zu den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten schwächer ausgebildet, zumal amerikanische Arbeitnehmer mit dem Arbeitsplatz auch ihre Krankenversicherung verlieren (vgl. zur Gesamtproblematik Punkt 1).

### **3. Parteienstreit um Klimaschutzgesetz spitzt sich im Senat zu**

Das *Environment and Public Works Committee* des Senats hat am 5. November 2009 eine Gesetzesvorlage zum Klimaschutz angenommen und an das Plenum der Kammer überwiesen, die in den wesentlichen Punkten der vom Repräsentantenhaus im Sommer dieses Jahres verabschiedeten Variante entspricht.

Im Kontext der Abstimmung über den Gesetzentwurf im Senatsausschuss kam es jedoch zu einem parteilpolitischen Eklat. Der Ausschuss befürwortete die Vorlage mit 11 Stimmen bei nur einer Gegenstimme, doch alle republikanischen Ausschussmitglieder blieben der Abstimmung fern.

Nach der Geschäftsordnung des Ausschusses ist für die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage die Anwesenheit von mindestens 2 Vertretern der Opposition (*minority party*) erforderlich.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Barbara Boxer (D-California) hielt jedoch daran fest, dass die Überweisung einer Vorlage an das Plenum mit einfacher Mehrheit möglich ist, so lange keine Abstimmungen über Änderungen am Gesetzestext (*Amendments*) vorgenommen werden.

Der führende Vertreter der republikanischen Fraktion, *Ranking Minority Member* James M. Inhofe (Oklahoma), kritisierte Boxers Vorgehensweise scharf und charakterisiert sie als „nukleare Option“ (*nuclear option*), die die Einflussrechte der Minderheit ausradiiert.

Die Republikaner hatten zuvor auf eine Verzögerung der Abstimmung bestanden, um eine detaillierte Analyse der Kosten der Gesetzesvorlage durch die *Environmental Protection Agency* (EPA) erstellen zu lassen.

Gemäßigte Demokraten, die um eine Kooperation mit den Republikanern bemüht sind, um für die eventuelle Verabschiedung eine zwischenparteiliche Unterstützung zu ermöglichen, zeigten sich besorgt über das harte Vorgehen Boxers.

Erschwert wird die Kompromissuche zudem durch die Verschärfung der Bestimmungen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstosses in der Senatsvorlage. Während die Version des Repräsentantenhauses bis 2020 eine Emissionsreduktion von 17 Prozent vorsieht, gibt der Entwurf des Umweltausschusses des Senats ein Reduktionsziel von 20 Prozent vor.

Senator Max Baucus (D-Montana) stimmte aus diesem Grund auch als einziger Vertreter seiner Partei in der Ausschussabstimmung gegen die Vorlage. Baucus beteuerte seine Unterstützung für ein Klimaschutzgesetzes, sieht aber in der Anhebung des Reduktionszieles eine ernste Gefahr für die Annahme der Vorlage durch die Kammer.

Demgegenüber konnten Senator John Kerry (D-Massachusetts) und Barbara Boxer, die die Vorlage gemeinsam eingebracht haben, in ihren Verhandlungsbemühungen einen entscheidenden Erfolg verbuchen.

Der Vorschlag der beiden Senatoren, den Ausbau der Kernenergie und der Kohlenstoffsequestrierung zu fördern sowie zusätzliche Erleichterungen für die Ölexploration in Küstengewässern (*offshore drilling*) in das Gesetz aufzunehmen, hat die Ablehnungsfront der Wirtschaftsinteressen weiter aufgeweicht.

Die *U.S. Chamber of Commerce*, die noch im Sommer gegen die Verabschiedung der Klimaschutzvorlage des Repräsentantenhauses scharf opponiert hatte, signalisierte Anfang November die Aufgabe ihrer Fundamentalopposition.

Ungeachtet der günstigen Zeichen für einen Kompromiss in der Klimaschutzdebatte zeigen jedoch die harten parteipolitischen Auseinandersetzungen, dass angesichts der hohen prozeduralen Hürden im Senat eine Verabschiedung noch keinesfalls garantiert ist.

#### **4. Congress berät Verschärfung der Aufsicht über Finanzmärkte**

Knapp ein Jahr nach dem Beinahe-Zusammenbruch der US-Finanzmärkte im Herbst 2008 hat das *Financial Services Committee* des Repräsentantenhauses eine Gesetzesvorlage zur Verschärfung der staatlichen Aufsicht über Finanzinstitutionen und -märkte an das Plenum der Kammer verwiesen.

Der Ausschuss unter Vorsitz von Barney Frank (D-Massachusetts) stimmte der Vorlage in einer parteipolitisch polarisierten Abstimmung mit 39 gegen 29 Stimmen zu.

Den Kern der Reform der staatlichen Finanzaufsicht bildet die Schaffung einer neuen Superbehörde,

- die über weit reichende Befugnisse in der Regulierung und Unterbindung von „unfairen, täuschenden und missbräuchlichen Praktiken“ verfügen soll.



Das Bundesgesetz soll für Einzelstaaten Mindeststandards setzen. Ausgenommen werden sollen allerdings Händler und Versicherungen sowie kleinere Banken und Kreditgenossenschaften.

Die konservative Mehrheit der republikanischen Fraktionen im Congress sowie Vertreter von Wirtschaftsinteressen wie die *U.S. Chamber of Commerce* lehnen das Gesetzesvorhaben als regulativen Albtraum ab, der den Konsumenten erhebliche zusätzliche Kosten zumuten würde.

Die Obama-Administration begrüßte die Gesetzesvorlage dagegen nachdrücklich und sicherte ihre Unterstützung zu.

Kompliziert werden die Beratungen jedoch nicht nur durch den Widerstand der konservativen Opposition und der Wirtschaftsverbände.

Im Senat hat der Vorsitzende des Finanzausschusses, Christopher J. Dodd (D-Connecticut), einen Gesetzesentwurf eingebracht, der in zentralen Punkten von der Version des Repräsentantenhauses und den Vorstellungen der Obama-Administration abweicht.

Dodds Konzept sieht die Zusammenfassung aller Aufsichtsbefugnisse über Finanzmärkte und -institutionen, die bisher auf die *Federal Reserve Bank* (Fed), die *Federal Deposit Insurance Corporation* (FDIC), das *Office of the Comptroller of the Currency* (OCC) und das *Office of Thrift Supervision* (OTC) verteilt sind, in einer neuen Finanzaufsicht vor.

Die stößt allerdings in den Reihen der demokratischen Fraktionen des Congress und auf Seiten der Obama-Administration auf energischen Widerstand.

Die Kritiker von Dodds Konzept streichen vor allem heraus, dass die US-Notenbank ihre Rolle als Stabilitätsgarant nur dann ausfüllen kann, wenn sie direkt in die Aufsicht über die Märkte und Institutionen involviert ist und damit über die notwendige Erfahrung und Informationen über das Marktgeschehen verfügt.

Während grundsätzlich Kompromisse in den skizzierten Streitpunkten möglich sein sollten, kompliziert Dodds Vorstoß das Verfahren erheblich und droht, die für das laufende Jahr in Aussicht gestellte Verabschiedung eines Gesetzes in Frage zu stellen.

## **5. Congress schreibt Arbeit vieler Bundesbehörden mit Überbrückungshaushalt fort**

Der Congress hat Ende Oktober 2009 einen Überbrückungshaushalt verabschiedet, mit dem die Arbeit einer Vielzahl von Bundesbehörden zunächst auf der Bewilligungs-

höhe des Vorjahres bis zum 18. Dezember 2009 fortgeschrieben wird (*House Resolution* 2996). Die Entscheidung fiel im Repräsentantenhaus mit 247 zu 178 und im Senat mit 72:28 Stimmen.

Mit der (zweiten) so genannten *Continuing Resolution* reagiert der Congress darauf, dass auch gut sechs Wochen nach dem rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres 2010 am 1. Oktober 2009 erst fünf der 12 erforderlichen Bewilligungsgesetze verabschiedet worden sind.

Bei den fünf abgeschlossenen *Appropriations Bills* handelt es sich um die Bewilligungen für

- *Agriculture*,
- *Energy and Water*,
- *Homeland Security* (vgl. Punkt sieben),
- *Interior and Environment* und
- *Legislative Branch*.

Noch nicht abgeschlossen ist der Haushaltsbewilligungsprozess für die Bereiche *Commerce/Justice/Science, Defense, Financial Services, Labor/Health/Human Services and Education, Military Construction/Veteran Affairs, State/Foreign Operations* und *Transportation/Housing/Urban Development*.

Trotz der offensichtlichen Verzögerung im Haushaltsbewilligungsprozess 2010, die sicher auch damit zusammenhängt, dass die Obama-Administration nach ihrer Amtsübernahme am 20. Januar 2009 erst Anfang Mai ihre detaillierten Haushaltsvorstellungen unterbreitet hat (vgl. CR 5-6/2009, S. 8), ist es den demokratischen Mehrheiten bereits im Rahmen der Verabschiedung des umfangreichen Konjunkturprogrammes (*Public Law* 111-5) im Februar 2009 gelungen (vgl. CR 1-2/2009, S. 1), haushaltspolitische Akzente zu setzen.

Allgemein wird nun mit Blick auf die immer kleiner werdenden Zeitfenster erwartet, dass der Budgetprozess 2010 im Rahmen einer so genannten *Omnibus Reconciliation Bill*, also einer Sammelbewilligung abgeschlossen wird. Dieses Vorgehen hat sich in den letzten Jahren immer häufiger (auch unter republikanischer Mehrheitsführung) als Instrument zur Bewältigung der Bewilligungsaufgaben des Congress erwiesen. Sammelbewilligungen sind freilich mit dem Problem behaftet, dass der Congress solche Entscheidungen mit partikularen Forderungen versieht und aufbläht, was der Haushaltsdisziplin zuwider läuft.

## **6. Senat verabschiedet *Defense Appropriations* 2010**

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 7-8/2009, S. 4) hat am 6. Oktober 2009 auch der Senat seine Vorlage zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2010 (*Fiscal Year* 2010

*Defense Appropriations*) verabschiedet. Die Entscheidung wurde mit 93 zu 7 Stimmen getroffen.

Insgesamt sieht der Senat in seiner Bewilligungsvorlage

- Rüstungsausgaben in Höhe von 636,3 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2010 vor, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2009 begonnen hat und am 30. September 2010 endet.

Davon sollen 128,2 Mrd. USD auf die Kosten für die beiden Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan entfallen, so dass sich der reine Rüstungshaushalt nach den Vorstellungen des Senats auf 501,8 Mrd. USD belaufen würde.

Das deckt sich mit den Vorstellungen des Repräsentantenhauses, so dass die Verhandlungen zwischen beiden Kammern im Vermittlungsausschuss an dieser Stelle unproblematisch verlaufen sollten.

Schwieriger dürfte sich die Synchronisierung der Vorlagen beider Kammern des Congress mit Blick auf die Fortführung des F-35 Kampfflugzeugprogramms gestalten. Hier will das Repräsentantenhaus an der Produktion zweier Triebwerkstypen festhalten, von denen einer von *General Electric* und *Rolls Royce* in Indiana und der zweite von *Pratt & Whitney* in Connecticut gebaut werden soll, während der Senat *einen* Triebwerkstyp für ausreichend hält.

Umstritten ist auch ein Plan des *Pentagon*, 250 alternde taktische Kampfflugzeuge der Typen F-15, F-16 und A-10 aus Kostengründen zu verschrotten. Der Senat lehnt das in seiner Bewilligungsvorlage trotz der damit nach Aussagen der Luftwaffe verbundenen Kosteneinsparungen von 3,5 Mrd. USD während eines Zeitraums von fünf Jahren ab. Er befürchtet dass sonst die über das ganze Land verteilten so genannten *Air Sovereignty Alert Units* ihre Einsatzfähigkeit verlieren könnten.

Während über das Verteidigungsbewilligungsgesetz noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, konnte über das Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2010 (*Fiscal Year 2010 Defense Authorization*) im Vermittlungsausschuss Einigung erzielt und die Vorlage Anfang Oktober 2009 verabschiedet werden (vgl. CR 7-8/2009, S. 8).

Danach ist in der *Defense Authorization*, mit welcher der Congress im Gegensatz zur *Defense Appropriation* jährlich nicht der Höhe, sondern zunächst der Sache nach über den Verteidigungshaushalt entscheidet, die Entwicklung von zwei Triebwerkstypen für das F-35 Kampfflugzeug vorgesehen, obwohl dies vom Verteidigungsminister und der Administration ausdrücklich so nicht verlangt worden war. Dagegen folgte der Congress der Administration in ihrem Wunsch nach Beendigung der Produktion des F-22 Kampfflugzeuges und des C-17 Transportflugzeugprogramms. Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, Ike Skeleton (D-Missouri), sprach ins-

gesamt im Rahmen der Verabschiedung der *Defense Authorization* 2010 von einem großen Erfolg für die nationale Sicherheitspolitik der USA.

## 7. Congress gegen Schließung von *Guantánamo*

Der Congress hat sich im Rahmen seiner Verabschiedung des Bewilligungsgesetzes 2010 für *Homeland Security* im Oktober 2009 faktisch gegen die Schließung des Gefangenenlagers *Guantánamo* ausgesprochen. Die Entscheidung fiel im Repräsentantenhaus im Rahmen der Annahme des Berichts des Vermittlungsausschusses zur *Fiscal Year Homeland Security Appropriations Bill* am 15. Oktober 2009 mit 307:114 und im Senat am 20. Oktober mit 79:19 Stimmen.

Danach bleibt der Transfer von Gefangenen aus Guantánamo Bay in die Vereinigten Staaten mit Ausnahme ihrer Strafverfolgung („Prosecution“) für die Geltungsdauer des Bewilligungsgesetzes, also bis zum 30. September 2010, verboten.

Präsident Barack Obama hatte kurz nach seiner Amtsübernahme am 22. Januar 2009 im Rahmen einer *Executive Order* die Schließung von Guantánamo binnen eines Jahres verfügt (vgl. CR 3-4/2009, S. 8). Mittlerweile musste er einräumen, dass er diesen Zeitplan auf Grund des Widerstandes im Congress nicht umsetzen können.

Die Republikaner im Vermittlungsausschuss um Harold Rogers (R-Kentucky) hatten selbst die Verlegung von Gefangenen in die USA im Rahmen eines Strafverfolgungsverfahrens zu unterbinden versucht, waren jedoch mit diesem Unterfangen mit 6 zu 10 Stimmen gescheitert.

In Guantánamo Bay sind derzeit noch mehr als 200 so genannte „enemy combatants“ interniert. Von der Bush-Administration wurden ihnen Recht nach Genfer Konvention verweigert. Zwischenzeitlich sind in diesem Zusammenhang massive Foltervergehen öffentlich geworden, unter anderem im Rahmen eines ursprünglich als geheim eingestuften Berichts des *Office of the Inspector General* der *Central Intelligence Agency*, den die Obama-Administration im August 2009 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat (vgl. CR 7-8/2009, S. 5).

Das Bewilligungsgesetz 2010 für *Homeland Security* hat einen Umfang von 44,13 Mrd. USD, wovon

- 10,12 Mrd. USD für *Customs and Border Protection*,
- 5,43 Mrd. USD für *Immigration and Customs Enforcement*,
- 7,65 Mrd. USD für die *Transportation Security Administration* (TSA),
- 10,14 Mrd. USD für die *Coast Guard*,
- 1,48 Mrd. USD für die Arbeit des *Secret Service* und

- 7,11 Mrd. USD für die *Federal Emergency Management Agency* (FEMA)

zur Verfügung gestellt werden.

Die Demokraten warfen den Republikanern vor, das Bewilligungsgesetz mit Blick auf Guanánamo politisiert zu haben. So hatten einige Republikaner Präsident Obama vorgeworfen, den Guantánamo-Gefangenen Rechte einräumen zu wollen, die sie auf Grund ihres terroristischen Hintergrunds und der von ihnen ausgehenden Gefahr für die nationale Sicherheit nicht verdienen. Sie griffen damit ein Sujet auf, dass auch der ehemalige Vizepräsident Dick Cheney in einer viel beachteten Rede im Mai 2009 hatte anklingen lassen, als er Präsident Obama vorwarf mit seiner politischen Neubewertung des Umgangs mit so genannten „enemy combatants“ den „focus on national security“ zu verlieren, sprich in Fragen der Bekämpfung des Terrorismus „weich“ zu sein.

## **8. Demokraten uneins über Revision des *Patriot Act***

In den Beratungen über die Fortschreibung und Revision von drei Ende 2009 auslaufenden Bestimmungen des Sicherheitsgesetzes *Patriot Act* ist der Dissens in den demokratischen Fraktionen im Congress und zwischen liberalen Demokraten und der Obama-Administration im Oktober offen zu Tage getreten.

Anfang November 2009 hat der von linken Demokraten dominierte Justizausschuss des Repräsentantenhauses unter Vorsitz von John Conyers Jr. (D-Michigan) mit 16 zu 10 Stimmen eine Gesetzesvorlage an das Plenum der Kammer überwiesen, die die Sonderbefugnisse der Sicherheitsbehörden unter dem *Patriot Act* von 2001 scharf beschneidet.

Die Gesetzesvorlage sieht insbesondere vor

- die *lone wolf provision*, die den Behörden die Überwachung von Einzelpersonen ohne Verbindung zu terroristischen Gruppen erlaubt, gänzlich zu streichen,
- die *roving wiretap provision*, die die Telefon- und Email-Überwachung von Personen unabhängig von den benutzten Telefonanschlüssen und Email-Konten ermöglicht, an den Nachweis zu binden, dass die Ermittlungen auf eine Einzelperson zielen, und
- die *library provision*, die die Anforderung der Geschäftsunterlagen von Bibliotheken und Buchhändlern durch die Sicherheitsbehörden erlaubt, durch erhöhte Informationsanforderungen gegenüber dem genehmigenden Gericht zu verschärfen.

Darüber hinaus soll die Erteilung der Erlaubnis von *roving wiretaps* und so genannten „National Security Letters“, mit deren Hilfe die Behörden die Übergabe von Geschäftsunterlagen ohne Wissen der überwachten Personen anfordern können, von dem

Nachweis einer Verbindung zu ausländischen Terrorgruppen oder anderen Organisationen abhängig gemacht werden.

Der Justizausschuss des Senats unter Vorsitz von Patrick J. Leahy (D-Vermont) hat dagegen mit 11 zu 8 Stimmen einen Entwurf beschlossen, der die auslaufenden Bestimmungen fortschreibt.

Im Unterschied zur Conyers-Vorlage erhielt Leahys Entwurf auch die Zustimmung einiger Republikaner, während mehrere Demokraten im Ausschuss gegen die Vorlage stimmten.

Während für die Obama-Administration der Justizminister Attorney General Eric H. Holder, Jr. die Vorlage des Senatsausschusses nachdrücklich begrüßt hat, favorisieren Bürgerrechtsgruppen den Entwurf des Justizausschusses des Repräsentantenhauses.

Der hartnäckige Widerstand der linksliberalen Demokraten und der Bürgerrechtsgruppen reflektiert das Bekanntwerden verbreiteter Missbräuche der Sonderbefugnisse in Abweichung von den behördeninternen Ausführungsbestimmungen.

## **9. Parteien feiern Siege in Nach- und Zwischenwahlen 2009**

Demokraten und Republikaner reklamierten für ihre Partei signifikante Erfolge in den Nach- und Zwischenwahlen vom 3. November 2009 und werteten sie als Bestätigung ihres jeweiligen politischen Kurses.

Die Demokraten konnten zwei nicht besetzte Wahlkreise in Kalifornien und New York gewinnen und damit ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus stabilisieren. Während der kalifornische Wahlkreis traditionell linksliberal orientiert ist, kann der Zugewinn im konservativen Bezirk in New York State als glücklicher Coup für die Demokraten gelten.

Im 23. Distrikt des Staates New York setzte sich der Rechtsanwalt Bill Owens gegen Doug Hoffman von der Conservative Party durch, der nach dem Rückzug von Dede Scozzafava (R) in Folge innerparteilicher Streitigkeiten um die Nominierung *de facto* zum Kandidaten der Republikanischen Partei geworden war.

Scozzafava, von der Parteiführung unterstützt, galt konservativen Republikanern als zu liberal. Sie inszenierten gegen ihre Nominierung eine Revolte der Parteibasis und mobilisierten für ihren Kandidaten prominente nationale Unterstützung vom rechten Flügel der Partei wie Sarah Palin, die frühere Gouverneurin von Alaska und Vizepräsidentenskandidatin der Republikanischen Partei 2009.

Scozzafava zog sich angesichts der heftigen Kritik und der ausbleibenden Wahlkampfspenden nur wenige Wochen vor dem Wahltag aus dem Rennen zurück und bereitete

damit den Weg für den Sieg Owens, der 49 Prozent der Stimmen erhielt (gegenüber 44,9 Prozent für Hoffman und 5,1 Prozent für Scozzafava im Rahmen von so genannten „write ins“).

Die Demokraten strichen insbesondere heraus, dass sich die wütenden Attacken konservativer Republikaner gegen *Speaker* Nanci Pelosi (D-California), die als Inbegriff und Symbol linksliberaler Politik gilt, ebenso wie gegen die von Präsident Barack Obama propagierte Gesundheitsreform (vgl. dazu auch Punkt 1), als Fehlschlag erwiesen haben.

Für die Republikaner ist es offensichtlich ein Problem, dass die hoch motivierte konservative Parteibasis kaum noch gemäßigt-zentristische Kandidaten zulässt und damit die Erfolgchancen der Partei in der Werbung um die politische Mitte sichtlich einschränkt.

Dennoch konnten die Republikaner in den Gouverneurswahlen von Virginia und New Jersey zwei bedeutende Siege für sich verbuchen, die die von den Niederlagen der letzten Jahre schwer angeschlagene Stimmung in der Partei sichtlich aufgehellt haben.

In Virginia setzte sich der konservative Robert F. McDonnell (R) mit 58,7 Prozent der Stimmen klar gegen Creigh Deeds (D) mit nur 41,3 Prozent durch. Deeds Kampagne, die zu Präsident Barack Obama sichtlich auf Distanz ging, lief mit dem Versuch, seinen Gegner als extremen Konservativen zu porträtieren, ins Leere, während McDonnell klassische konservativ-religiöse Themen in den Hintergrund stellte und mit Vorschlägen zu einer ökonomischen Revitalisierung Virginias punktete.

Jon Corzine (D), der amtierende Gouverneur New Jerseys, verlor mit 44,6 Prozent der Stimmen gegen seinen republikanischen Herausforderer, Chris Christie, ungeachtet der offenen Unterstützung durch Präsident Barack Obama und seines enormen, aus privatem Vermögen gespeisten Vorsprungs in den Wahlkampfausgaben. Im Vordergrund stand wiederum die schwierige Wirtschaftslage des Staates, die der frühere Wall Street-Händler Corzine nach Einschätzung der Wähler nicht in den Griff bekommen konnte.

Während die beiden Niederlagen kaum als Referendum über Barack Obama zu lesen sind, bleiben die Warnungen für die Demokraten unübersehbar. Politisch sind das Jahr 2008 und die Präsidentschaft Bush abgeschlossen, 2009 stehen die Demokraten in der Verantwortung für die unverändert schwierige Wirtschaftslage (siehe dazu auch Punkt 2).

Zum einen wandten sich in Virginia wie New Jersey eine große Mehrheit der parteiunabhängigen Wähler von den Demokraten ab, sichtlich ernüchtert durch das Ausbleiben schneller Erfolge und skeptisch angesichts der hohen Kosten der Politik der Obama-Administration. Zum anderen konnten allerdings weder Deeds noch Corzine die von Obama erfolgreich mobilisierten Jungwähler zu einer Stimmabgabe bewegen.

Für die Zwischenwahlen 2010, vor allem mit Blick auf Repräsentantenhaus und Senat, lassen die einzelnen Ergebnisse von 2009 damit folgendes Szenario erkennen: Bleiben baldige Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus, dürften nachhaltige Verluste der Demokraten sehr wahrscheinlich sein.





Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>